

Unsere Heeresleitung kam den Plänen unserer Feinde durch den Angriff auf Verdun zuvor. Zwar gelang es den Franzosen unter Einfluß von zwei Dritteln ihrer Gesamtstärke, die zumammengeschlossene Stadt selbst zu behaupten und auf dem Nordostufer den immer enger gewordenen Ring wieder etwas zurückzudrücken. Aber seine Bedeutung als Ausfallstor hat Verdun verloren, und Frankreichs Kraft hat hier die blutigste Einbuße erlitten.

Unsere Erfolge bei Verdun veranlaßten die Russen zu einem vorzeitigen Massenvorstoß im März 1916 gegen die Front des Feldmarschalls von Hindenburg südlich Dünamurg. Die russischen Angriffe brachen unter beispiellosen Verlusten zusammen.

Im Juni begann sodann die große russische Offensive zwischen den Pripietjümpfen und der rumänischen Grenze. Die mit vielfacher Uebermacht anstürmenden russischen Heere, gestützt durch starke Artillerie, vermochten zwar die österreichische Front bei Lutsk zurückzudrücken und im Süden die Bukowina zu besetzen, aber die mächtige Flut brach sich an den Armeen des Grafen Rothner und des Generals v. Linsingen. Die Offensive Brusilows, die ursprünglich in einer Breite von 350 Kilometern angelegt war, ist Ende August zum Stillstand gekommen. Es folgten noch im September außerordentlich heftige Angriffe, dann aber stante die Offensive merklich ab. Jetzt zieht sich eine im wesentlichen gerade Linie festgebaute Verteidigungsstellungen von der Gegend südlich Riga bis zu den Karpathen. Unsere Truppen sind an verschiedenen Stellen erfolgreich zur Offensive übergegangen. Rußland hat keines seiner strategischen Ziele, weder Kowel, noch Lemberg, noch die ungarische Tiefebene, erreicht. Seine fruchtlosen Anstrengungen in den Monaten Juni bis September bezahlte es mit einem Verlust von etwa 1 1/2 Millionen Toten und Verwundeten.

Im Westen setzte die große englisch-französische Offensive einen Monat später als im Osten ein. England warf in den Kampf seine gesamten, lang geschonten Kräfte und bot dazu eine unerhört große Menge von Artillerie und Munition auf, wofür es die ganze Industrie des eigenen Landes mobil gemacht und wofür es die Unterstützung der Kriegsindustrie der ganzen Welt hatte.

Frankreich setzte entsprechend dem bei Verdun sich verengenden Druck ebenfalls starke Kräfte zum entscheidenden Stoß an der Somme ein.

Dem Anprall von rund 225 Divisionen hielten unsere unvergleichlichen Truppen stand. Verschwindend ist der Geländegewinn. Riesenhafte sind die Opfer, die die Engländer und Franzosen gebracht haben. Auf Grund der englischen Verlustlisten und nach vorsichtigen Schätzungen sind die Verluste der Engländer für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Dezember mit 600 000 Mann, die der Franzosen mit 250 000 Mann anzunehmen.

Die englisch-französische Offensive hat ihr Ziel, Durchbruch und Aufrollen unserer Linien, nicht erreicht. Immer mehr wurde ihre Offensive in der Presse lediglich zu einer Entlastungshandlung gestempelt.

Aber auch diese Entlastung ist nicht eingetreten. Vielmehr hat es unsere Oberste Heeresleitung im berechtigten Vertrauen auf die unerhörterliche Widerstandskraft unserer Verteidiger im Westen möglich gemacht, Kräfte verfügbar zu machen, um die Freiheit des Handelns trotz der gewaltigen Anstrengungen der Feinde erneut an sich zu reißen.

An das Eingreifen Rumaniens in den Krieg hatten unsere Feinde die Erwartung geknüpft, daß die Mittelmächte unter diesem neuen Ansturm zusammenbrechen würden. Die Ereignisse auf dem rumänischen Kriegsschauplatz sind noch in voller Lebendigkeit vor unseren Augen. Die in Siebenbürgen eingefallenen rumänischen Heere wurden mit unerhörter Wucht wieder hinweggefegt. Gleichzeitig brach in der Dobrudscha unter dem machtvollen Ansturm deutscher, bulgarischer und türkischer Truppen der Widerstand der Rumänen und der in Eile herangeführten russischen Unterstützung zusammen.

Dann begann der schwierige Kampf in den Gebirgspässen, wo die Rumänen, gestützt auf die Günstigkeit der Geländeverhältnisse und auf zahlreiche gut ausgebaute Stellungen, verzweifeltsten Widerstand leisteten. Nach wochenlangen, mühsamen Kämpfen gelang der Durchbruch durch das Gebirge und der Einbruch in die Walachei. Ihm folgte der Uebergang über die Donau, und nun nahmen die Operationen einen Verlauf, wie er glänzender und erfolgreicher kaum je in der Kriegsgeschichte zu verzeichnen war. Das rumänische Heer verlor an Gefangenen etwa ein Drittel seines Bestandes, etwa ebensoviel dürften seine blutigen Verluste betragen. Die Hauptstadt und wichtige Festung Bukarest, die Hälfte des ganzen Landes und gerade die wertvollsten Teile sind in unserem Besitz. In siegreichem Nachdrängen nähern sich unsere Truppen bereits der Moldau.

Währenddem haben bulgarische und deutsche Truppen in Mazedonien die bunische Heere Sarcaills festgehalten.

So treten wir in das Jahr 1917 voll Stolz auf die unvergleichlichen Leistungen unserer heldenmütigen Truppen und auf unsere überlegene Führung, voll Zuversicht, daß der Sieg uns nicht mehr entrisen werden kann, und mit dem Gelöbniß, daß wir das Wort wahrmachen werden, das unser Kaiser in dem Armeebefehl vom 12. Dezember 1916 ausgesprochen: „Standhalten und siegen“.

Soziale Rundschau.

Deutscher Wohnungsausschuß. Auf Einladung des Deutschen Vereins für Wohnungsreform traten am 19. November 1916 in Berlin die Vertreter einer großen Zahl von Körperschaften und Vereinigungen zusammen, um einen Deutschen Wohnungsausschuß zu gründen, dessen Aufgabe es sein soll, für ein großzügiges, einheitliches Reformwerk von Reich, Staat, Gemeinde, gemeinnütziger, genossenschaftlicher und privater Tätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens einzutreten. Immer allgemeiner hat sich in fast allen Schichten und Parteien des deutschen Volkes die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform eine unbedingte Notwendigkeit für die Gesundheit und das weitere Gedeihen unseres Volkes ist. Der gewaltige Krieg hat diese Ueberzeugung nur verstärkt. Geleitet von ihr, haben die Freunde der Wohnungsreform in Deutschland sich jetzt allgemein zusammengeschlossen, um mit vereiner Kraft um so nachdrücklicher für die Herbeiführung einer Wohnungsreform wirken zu können.

Die Versammlung wurde mit einer Ansprache des Geheimen Rats Dr. Dieß-Darmstadt eröffnet. Es folgten einleitende Vorträge von Professor Dr. Fuchs-Tübingen und Dr. v. Mangoldt, dem Generalsekretär des Deutschen Vereins für Wohnungsreform. An die Vorträge schloß sich eine längere Aussprache. Eine erhebliche Zahl von Körperschaften trat dem Deutschen Wohnungsausschuß sogleich bei. Viele andere stellten ihren Beitritt in nahe Aussicht.

Vertreten waren auf der Tagung die eigentlichen Wohnungsreformvereinigungen, zahlreiche Baugenossenschaftsverbände und andere wichtige Körperschaften der Wohnungsreform aus allen Teilen des Reiches. Indes erstreckte sich der Kreis der Teilnehmer und Träger des Unternehmens weit hinaus über die eigentlichen Wohnungsreformvereinigungen auf zahlreiche andere Körperschaften, die im öffentlichen und sozialpolitischen Leben eine große Rolle spielen und zu deren Arbeitsgebiet die Wohnungsfrage mit gehört. So erklärten entweder ihren Beitritt oder nahmen sonst dem neuen Unternehmen gegenüber eine sehr wohlwollende Haltung ein u. a.: die Gesellschaft für Soziale Reform, der Verein für Sozialpolitik, der Reichsverband der deutschen Städte, der Evangelisch-Soziale Kongreß, der katholische Caritas-Verband, der Volksverein für das katholische Deutschland, der Bund Deutscher Frauenvereine, der Deutsche Lehrerverein, der Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, unser Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen unter besonderer Betonung der Wichtigkeit der Wohnungsreform für die heimarbeitende Bevölkerung, der Verband der Deutschen Gewerksvereine (D-G.), die Arbeitsgemeinschaft Deutscher technischer Verbände, der Bund technischer Beamter.

In einer langen Reihe von Sympathieerklärungen wurde dem Wohnungsausschuß von allen Seiten nicht nur starke Zustimmung, sondern auch tatkräftige Unterstützung zugesagt und allgemein der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß nun endlich größere und wesentliche Fortschritte in der Wohnungsfrage erzielt werden müßten. Wenn auch nicht verkannt wurde, daß im Augenblick selbstverständlich die Kriegszeit große Beschränkungen auferlege, so hielt man doch dafür, daß schon jetzt vorbereitende Schritte zu geschehen hätten.

Der Sitz des Deutschen Wohnungsausschusses ist Berlin. Die Geschäftsführung wird von der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für Wohnungsreform besorgt. (Jetzt Frankfurt a. M., Hochstraße 23, demnächst Berlin.) Zum ersten Vorsitzenden wurde der Vorsitzende des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Geh. Rat Dr. Dieß, gewählt, zu Stellvertretern Oberbürgermeister Dominikus und Professor Dr. Fuchs. Der neue Ausschuß wird seine Tätigkeit alsbald aufnehmen.

Zur Geschäftsmachung von Kriegsbeschädigten in Groß-Berlin. Der am 6. Dezember 1916 begründete „Ausschuß für die Kriegsbeschädigten-Untertelung“, an dessen Spitze Oberbürgermeister Vermuth steht und in dem das Reichsamt des Innern, das Reichschatzamt, Kriegsministerium und sämtliche preussische Staatsministerien, alle Groß-Berliner Kom-

Krieg verursachten, wirtschaftlich besonders schwierigen Verhältnissen in weitem Maße Rechnung getragen, um die Entlassenen vor Not zu schützen und ihnen den Uebergang in die bürgerlichen Verhältnisse zu erleichtern. In gleicher Weise kann diese Rente auch dann gewährt werden, wenn bei der Entlassung wegen Geisteskrankheit Anstaltspflege notwendig und die Familie des Betroffenen unterstützungsbedürftig ist, doch ist dabei Voraussetzung, daß die Anstaltsbehandlung auf die Erwerbsfähigkeit des Mannes in absehbarer Zeit bessernd einwirken und dadurch den Uebergang in die bürgerlichen Verhältnisse erleichtern kann.

Erhöhung des auszahlenden Arbeitsverdienstes an Jugendliche. Eine Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken besagt: Die erhöhten Preise der Lebenshaltung erfordern eine abermalige Erhöhung des an jugendliche Personen künftig auszahlenden baren Arbeitsverdienstes. An Stelle des § 1 der Bekanntmachung vom 18. März 1916 tritt daher, unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1916, folgende Vorschrift: An jugendliche Personen beiderlei Geschlechtes darf bis zu ihrem vollendeten achtzehnten Lebensjahre von ihrem baren Arbeitsverdienst, gleichgültig, ob dieser nach Zeitlohn, Stücklohn oder auf andere Weise berechnet ist, für jede Woche nicht mehr als vierundzwanzig Mark und außerdem ein Drittel des vierundzwanzig Mark übersteigenden Betrages ausgezahlt werden. Dabei sich ergebende Beträge von weniger als eine Mark sind ebenfalls bar auszuzahlen. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 1917 mit der Maßgabe in Kraft, daß sie auf die an diesem Tage und später stattfindenden Lohnzahlungen Anwendung findet.

Kartoffeln in Gasthäusern nur gegen Karte! Für die zur Kartoffelgemeinschaft Groß-Berlin gehörigen Orte steht eine völlige Neuregelung in der Abgabe von Kartoffeln in den Gastwirtschaften usw. unmittelbar bevor, die zugleich eine erhebliche Ersparnis in dem Kartoffelverbrauch und einen Erfolg unserer Eingabe an den Reichsfiskus darstellt. Vom 2. Januar ab dürfen nämlich in allen Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, Hotels, Pensionen usw. Kartoffeln nur gegen Kartoffelkarten verabfolgt werden. Das gleiche gilt für Speisen, zu deren Bereitung hauptsächlich Kartoffeln verwendet werden, wie Kartoffelsuppe, Kartoffelsalat usw. Von den Kartoffelarten sind immer die entsprechenden Abschnitte abzutrennen. Da jeder Abschnitt 250 Gramm umfaßt, so ist, wenn dieses Gewicht nicht erreicht wird, nur die Hälfte des Abschnittes abzutrennen. Vom 2. Januar ab muß auch auf den Speisekarten das Rohgewicht der verwendeten Kartoffelmengen angegeben werden. Reisende können Kartoffeln und Kartoffelgerichte auch ohne Kartoffelkarte erhalten, wenn sie im Besitze einer Reisebrotkarte sind. Bahnhofswirtschaften dürfen Kartoffeln ohne Kartoffelkarte nur an Personen abgeben, die eine für den Fernverkehr geltende Fahrkarte vorlegen können. Die Gastwirte usw. haben die Kartoffelkartenabschnitte zu sammeln und alle vierzehn Tage an die zuständige Behörde zur Empfangnahme der neuen Kartoffelbezugscheine einzuliefern.

Soziale Kriegesfürsorge in der Nordmark. Ehrliches Lob verdient die Meierei des Dorfes Djernis im Kreise Habersleben. Seit Kriegsbeginn hat sich die Meierei mit 12 (zwölf) Pfennig für das Liter Vollmilch begnügt. Während der Wintermonate in den ersten beiden Kriegsjahren sandte sie jedem Einwohner des Meiereibezirks monatlich 1 Pfd. Butter unentgeltlich. In der diesjährigen Generalversammlung wurde der Preis für Vollmilch auf 15 Pf., für Mager- und Buttermilch von 4 auf 5 Pf. erhöht.

Die Armee der Landfrauen. Herr v. Batocki, der Präsident des Kriegsernährungsamtes, hat sich vor einiger Zeit mit eindringlichen Worten an die deutschen Landfrauen gewandt, Feldmarschall Hindenburg in seinen berühmten Briefen an die Landwirte, wiederum in erster Linie an die Frauen auf dem Land, die dort jetzt den Platz ihrer Männer und Brüder halten. Für sie antwortete jetzt Frau Elsa v. Fischer-Loszajnen, eine ostpreussische Landfrau, mit folgendem Aufruf:

Landfrauen! Hindenburg ruft und wir müssen seinem Ruf folgen! Wir brauchen keine Androhungen von Zuchthaus und Gefängnis, wir geben ohne Zwang so viel wir nur geben können, wir geben freudig, weil es fürs Vaterland ist! Jede Landfrau — nicht Arbeiterfrau — soll, wenn sie ein Schwein schlachtet, die Hälfte an Speck und Schmalz freiwillig abgeben, jede Landfrau, die selbst buttert, soll das gesetzliche Maß Butter als Höchstmaß betrachten und freiwillig darüber hinaus abgeben. In jedem Kreis sollen Abnahmestellen errichtet werden, und jede Landfrau soll die Ueberzeugung haben, daß die Vorräte sofort an die Abnahmestellen abzugeben sind; wir wissen, wie schwierig die Arbeit der Landfrau jetzt ist, wir wissen, wie schwierig die Sommerwirtschaft sein wird, wenn wir im Winter nicht einsorgen können für unsere Arbeiter — aber wir kennen

jetzt nur eine Pflicht, das ist, dem Vaterland zu helfen! Landfrauen! Reichen wir uns über ganz Deutschland hinaus die Hände zu einer wirtschaftlichen Armee, die hinter der Front kämpft! Der Wehrstand soll die feste Gewißheit haben, daß der Nährstand hinter ihm steht und ihn nicht verläßt in seiner schweren Not.“ Möge dieser Aufruf reichlich Früchte tragen!

Zur Trinkwasserversorgung unserer Feldgrauen. Der amtliche Kriegsberichterstatter Scheuermann schreibt in einem (u. a. auch in der Med. Ztg. vom 18. Nov. 1916 abgedruckten) Bericht aus der Dauereschlacht an der Somme: „Man lebte von den eisernen Portionen und hatte als Zusatz bittere, ungezuckerte Schokolade, die sich in den Tornistern aller französischen Gefangenen und Gefallenen vorfand. Auch Wasser war schwer heranzubringen. Die Feldflaschen der gefallenen Franzosen wurden gesammelt. Sie enthielten nur reines Brunnenwasser, welches den Verwundeten gereicht wurde. Die Gesunden tranken oft genug das schlammige, mit Algen durchsetzte Somme-Wasser, obwohl es beim Trinken Ekel und nachher einen brennenden Durst hervorrief.“ Es ist Sache jedes deutschen Alkoholgegners, auf jede mögliche Weise daran mitzuarbeiten, daß das deutsche Volk im bürgerlichen und im militärischen Lager so weit über die Alkoholfrage aufgeklärt wird, daß es auch die Leitung unseres deutschen Heeres wagen kann, in derartigen Lagen die Feldflaschen unserer Soldaten mit gutem Trinkwasser füllen zu lassen, damit diese künftighin nicht mehr in die Gefahr des Wassermangels geraten.

Unsern Bundesgenossen, den Bulgaren, rühmt Sanitätsrat Dr. Laquer, Wiesbaden, der im Winter 1915/16 an einem deutschen Lazarettzug in Sofia tätig war, in einem Artikel „Merkmale für Bulgarienfahrer“ in der „Osteuropäischen Zukunft“ u. a. nach: „Körperliche Dauerhaftigkeit und Anspruchsvolligkeit, Würde und Zurückhaltung (auch der Frohsinn ist dort gemäßig), große Sparsamkeit, „Straßen- und Hausbettelei, Betrunkenheit, Hochvergehen, schwere Eigentumsvergehen sind auch in Sofia unter seinen 150 000 Einwohnern sehr selten: das Familienleben ist mit verschwindenden Ausnahmen rein und sittlich zuverlässig; ... der geistige und wirtschaftliche Aufstieg der Kinder ist allgemeine Herzenssache und bildet die Sehnsucht aller bulgarischen Eltern.“

Neue Versicherungsmarken. Nach dem Gesetz, betreffend Renten in der Invalidenversicherung, vom 12. Juni 1916 dürfen für die Zeit nach dem 1. Januar 1917 Versicherungsmarken in den bisher vorgeschriebenen Werten nicht mehr verwendet werden. Die Zusatzmarken zu 1 M. bleiben. An neuen Versicherungsmarken werden eingeführt: für die Lohnklasse I Einwochenmarken zu 18 Pf., Zweiwochenmarken zu 36 Pf., Dreiwochenmarken zu 2,34 M.; für die Lohnklasse II solche zu 26 Pf., 52 Pf. und 3,38 M.; für Lohnklasse III zu 34 Pf., 68 Pf. und 4,42 M.; für Lohnklasse IV zu 42 Pf., 84 Pf. und 5,46 M.; für Lohnklasse V zu 50 Pf., 1 M. und 6,50 M. Mit dem Verkauf der neuen Marken wird am 27. Dezember begonnen. Die alten Versicherungsmarken werden bei den Postanstalten noch bis zum 30. Juni 1917 weiterverkauft; sie gelten jedoch nur für Zeiten, die vor dem 1. Januar 1917 liegen. Für die Zeit ab 1. Januar 1917 dürfen alte Marken nicht mehr geklebt werden. Ab 1. Juli 1917 werden alte Marken im Bedarfsfalle nur noch von den Versicherungsanstalten an das Publikum verkauft; der Umtausch gegen neue Versicherungsmarken erfolgt bei den Postanstalten bis zum 31. Dezember 1918.

Was ein Unternehmervertreter über die Leistungen der deutschen Bergleute sagt. In seinem Artikel über „die Friedensziele für Industrie und Ausfuhrhandel“ spricht der Abgeordnete Dr. Bäumer in der „Kölnischen Zeitung“ von den „angekündigten der verminderten Knappenzahl geradezu bewundernswerten Leistungen des Stein- und Braunkohlenbergbaues“. Diese Worte beweisen mehr als alles andere, wie sich unsere Bergleute einsehen, um dem Vaterland das aus der Tiefe herauszuschaffen, was es in dieser ernstesten Zeit so unbedingt zur Durchführung aller Arbeit und zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung braucht. Möge es den braven Bergknappen gelohnt werden durch Erfüllung ihrer in bezug auf bessere Entlohnung geäußerten Wünsche! Sie verdienen es wahrlich!

Berufliche Rundschau.

Die Frau als Munitionsarbeiterin. Bei einer Rundfrage der „Nat.-Ztg.“ bezüglich der Zivildienstpflicht der Frauen hat sich unter anderen der bekannte Berliner Frauenarzt, Professor Paul Straßmann, über Frauenienstpflicht und speziell über die Arbeit der Frauen in den Munitionsfabriken in bemerkenswerter Weise ausgesprochen. Er sagt: „Ich habe vom Standpunkt des Arztes aus keinerlei Bedenken gegen eine stärkere Heranziehung der Frauen zu Arbeitsleistungen im Kriege und

bustrie und des Handwerks in Sachsen bis jetzt ohne allzu große Schwierigkeiten möglich gewesen, vorausgesetzt, daß der kriegsbeschädigte Arbeiter soweit körperlich und geistig rüstig war, daß er eine Arbeitsstätte außerhalb seiner Wohnung aufsuchen konnte. Für diese Leute sind dank der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Arbeitsmöglichkeiten so zahlreich und verschiedenartig und die Hilfsmittel zur Auswahl einer geeigneten Tätigkeit sowie zum Anlernen oder Einrichten so reichlich und zweckmäßig, daß sich selbst in anfangs verzweifeltsten Fällen meist eine einigermaßen günstige Beschäftigung finden ließ. Schwieriger wird jedoch die Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für solche kriegsbeschädigte Arbeiter, die zufolge ihrer Beschädigung nicht mehr instande sind, eine Arbeitsstelle außerhalb des Hauses aufzusuchen, oder die an der Arbeit in einer Werkstätte verhindert sind, wie z. B. Kriegsbeschädigte, die beide Füße oder Beine verloren, schwere Lähmungen oder Nervenschörungen erlitten haben oder ganz erblindet sind. Für diese bedauernswertesten Opfer des Weltkrieges beschränken sich die Arbeitsmöglichkeiten in der Hauptsache auf den auch im industriellen Sachsen engeren Kreis der gewerblichen Heimarbeit. Dafür hat der Heimatbund folgende Richtlinien aufgestellt: 1. Der erste Grundsatz der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, den Kriegsbeschädigten seiner bisherigen oder wenigstens einer verwandten Berufsarbeit zu erhalten, ist auch für die Heimarbeit maßgebend. 2. Vor Einführung eines Kriegsbeschädigten in eine Heimarbeit ist durch Ärzte oder andere Sachverständige nachzuweisen, ob und wie weit der Invalide in der betreffenden Heimarbeit die volle Leistungsfähigkeit eines gesunden Heimarbeiters erreichen kann. 3. Bei Auswahl der Heimarbeit sind die gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Aussichten des Heimindustriewerkes, die Aufnahmefähigkeit an Arbeitskräften und die Verdienstmöglichkeiten zu beachten. 4. Es ist möglichst ein Heimarbeitsbezirk zu wählen, der dem Kriegsbeschädigten vertraut und seinem körperlichen Zustand angemessen ist. Besonders in Sachsen werden für schwer kriegsbeschädigte gewerbliche Arbeiter zahlreiche Arbeitsmöglichkeiten geboten.

Zu den Wirkungen des Weltkrieges auf das großstädtische Bevölkerungswesen gibt in der Bayerischen Handelszeitung (1916 Nr. 45/46) Dr. Franz Mataré einen interessanten Beitrag auf Grund der Veröffentlichungen des Münchener Statistischen Amtes. Zu einem trübten Urteil von vornherein über die Einwirkung der durch die militärischen Notwendigkeiten geschaffenen Verhältnisse und der notgedrungenen Ernährungseinschränkungen ist danach durchaus keine Veranlassung, im Gegenteil: unzweifelhaft habe der Kriegszustand auch eine Reihe von Wirkungen gezeitigt, die den Gesundheitszustand der Bevölkerung günstig beeinflussten und vielleicht einen gewissen Ausgleich gegenüber jenen anderen Einflüssen im Gefolge hatten. So werde z. B. von der Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten, der Herabsetzung der Polizeistunde, der Streckung und erheblichen Verteuerung des Bieres, den Beschränkungen im Verbrauch von Trinkbranntwein und gerade auch der Einschränkung der bisher sehr vielfach zu reichlichen Ernährung usw. eine gesundheitlich zuträglich Wirkung kaum ausgeblieben sein, wenn sie sich auch natürlich nicht unmittelbar zahlenmäßig erfassen läßt. Was insbesondere die Geburtenfrage und Kleinindersterblichkeit betrifft, so hält sich nach den Münchener Beobachtungen (jedenfalls für die zugrundgelegten 7 ersten Monate von 1915 und 1916) der Anteil der Totgeborenen an der Geburtenzahl auf der gewöhnlichen Höhe und zeigt die Sterblichkeit an angebotener Lebensschwäche 1916 sogar einen erheblichen prozentualen Rückgang. Diese erfreulich überraschende Erscheinung hat, so bemerkt Dr. Mataré, offenbar ihren Grund darin, daß die ungünstigen Einflüsse der Ernährungsverschlechterung durch die günstigen der Enthaltbarkeit von Festen und alkoholischen Getränken ausgeglichen wurden.

Kriegsspende Deutscher Frauendank. Ein Betrag von 4 1/2 Millionen Mark ist das Ergebnis einer Sammlung, zu der sich die größte Zahl der deutschen Frauenverbände aller Konfessionen und Parteien — wir nennen den Bund Deutscher Frauenvereine, die Gesamtheit der katholischen konfessionellen Frauenverbände, die evangelische Frauenhilfe und andere evangelische Verbände, den jüdischen Frauenbund, das Arbeiterinnensekretariat der freien Gewerkschaften — zusammengeschlossen hatte. Die Sammlung soll das tiefe Gefühl der Dankbarkeit für die übermenschlichen Leistungen unseres Heeres zum Ausdruck bringen, das durch seine Tapferkeit den deutschen Frauen die Schrecken des Krieges erspart hat. Der Ertrag soll dazu bestimmt sein, die Fürsorge für Hinterbliebene und für die Familien der Kriegsbeschädigten, insbesondere die Ausbildung der Kinder zu tüchtigen Menschen, zu erleichtern. Der Ertrag ist daher zur Hälfte der National-

stiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, zur Hälfte der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge überwiesen. Innerhalb beider Organisationen werden die Mittel gemeinsam mit den an der Sammlung beteiligten, für die Kriegsspende Deutscher Frauendank zusammengefaßten Frauenverbände verwaltet. Dabei ist der Grundsatz maßgebend, daß 90 Prozent der an einem Ort gesammelten Mittel dort wieder verwendet werden können, während 10 Prozent einem Ausgleichsfonds zustießen, der für besonders unterstützungsbedürftige Landesteile bestimmt sein soll. Da in manchen Bundesstaaten und innerhalb ihrer in manchen Städten und Bezirken die Sammlung bis zum Friedensschluß vertagt worden ist, so wird sich der Gesamtbetrag noch erheblich erhöhen. Jedenfalls aber beweist die Tatsache, daß trotz der starken Anspannung der Anforderungen an die Bemittelten und der Schwierigkeiten des Durchkommens für die Unbemittelten nur aus Frauenspenden jetzt eine solche Summe zusammengekommen ist, daß das Bewußtsein der Dankeschuld an unser deutsches Heer und die Bereitwilligkeit, an der Linderung der Kriegsnot tatkräftig mitzuwirken, bei den deutschen Frauen auch am Ende des zweiten Kriegsjahres noch nicht geschwächt ist.

Unsere Kriegsnähstuben und die „freien“ Schneider.

Einen etwas wunderbaren Artikel bringt Nr. 17 der „Fachszeitung für Schneider und Wäschearbeiter“ unter der Ueberschrift „Kriegsnähstuben“. Selbst bei mehrmaligem Durchlesen ist und bleibt der Zweck der Veröffentlichung unverständlich. Der erste Teil handelt vom Nationalen Frauendienst und seinen Kriegsnähstuben. Niemand hat stärker als der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen bedauert, daß Kriegsnähstuben „überall wie Pilze aus der Erde gewachsen sind“, niemand hat mehr als er dazu beigetragen, dieses Wachstum zu unterbinden. Da in jeder Kommission des Nationalen Frauendienstes „dieser Zentralstelle der bürgerlichen Frauenvereine, die sich aus allen Richtungen kirchlich-patriotischer Vereinstätigkeit rekrutiert“, Sozialdemokratinnen, meist als zweite Vorjüngende, arbeiten, hätte der Verfasser des Artikels von ihnen erfahren können, daß der Nationale Frauendienst in erster Linie Kriegerfrauen beschäftigt, von denen zu hoffen ist, daß sie nach Friedensschluß die Heimarbeit wieder aufgeben werden, und die wir darum gar nicht zu organisieren wünschen. Gerade so erkärt sich die mangelnde Werbetaft des Gewerksvereins gegenüber den Unorganisierten, die er beschäftigt, über die sich die Fachzeitung so wunder: Wir wollen in unsere Reihen nur solche aufnehmen, die aus Ueberzeugung eintreten und berufsmäßige Heimarbeiterinnen, nicht nur vorübergehend mit Heimarbeit beschäftigt sind, sondern es voraussichtlich auch bleiben werden. Darum treten die Unorganisierten in unseren Kriegsnähstuben nicht in den Gewerksverein ein. Wie man sie „gewinnt“, indem man nur Mitgliederu Arbeit gibt, weiß der freie Schneiderverband ja aus eigener Erfahrung; ob das sehr treue, überzeugte Mitglieder werden, muß er erproben. Am erskaunlichsten ist der Wunsch, der durch den Artikel hindurchklingt, die Industrie möge wieder die Heereslieferungen bekommen! Ist das im Interesse der Arbeiterschaft gedacht? Haben wir wirklich so gute Erfahrungen mit der Entlohnung durch die Geschäfte gemacht, oder überwiegt hier die Unzufriedenheit mit dem Emporblühen des Gewerksvereins jeden anderen Gedanken? Ja, wir hoffen und wünschen, Heeresaufträge auch in Friedenszeiten zu behalten, wie wir sie auch schon vor dem Kriege hatten. Mit uns hofft es das ganze deutsche Volk und hat dem in einer von allen Parteien angenommenen Resolution des Reichstages bei Verabschiedung des Hausarbeitgesetzes Ausdruck gegeben. Mit uns wünschen es alle ehrlichen Sozialreformer, die von der Vergebung behördlicher Aufträge an gemeinnützige Vereine und Berufsorganisationen eine die Lohnverhältnisse in der Industrie günstig beeinflussende Wirkung erhoffen. Und eine solche Beeinflussung werden wir nach Friedensschluß dringender denn je im Interesse der Hochhaltung der Heimarbeitlöhne nötig haben.

Aus unserer Bewegung.

Magdeburg. Heim und Krieg — welsch fürchtbarer Gegenfaz: der eine zerstört und vernichtet, was das andere aufgebaut hat; und doch: Heimarbeit und Kriegshandwerk — welsch enger Zusammenhang jetzt zwischen den so ganz ungleichen Gebieten! Mit Stolz konnten unsere Heimarbeiterinnen schon im ersten Jahre dieses ungeheuren Weltkrieges sagen: Wir haben gehoffen an der Auslösung unserer Tapferen da draußen, wir haben auch unser Teil dazu beigetragen, daß sie fähig waren, Wacht zu halten an den Grenzen unserer Marken, fähig, das deutsche Heim zu beschützen, gleichviel, ob sie in den sumpfigen Ebenen Flanderns, im engen Raum des Schützengrabens, auf den hoch-

